



Informationspflichten bei Erhebung von Daten gemäß Art. 13 und 14 DSGVO

Datenschutzrechtliche Hinweise über die Erhebung personenbezogener Daten (Art. 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung - DSGVO) im Zusammenhang mit der Bearbeitung Ihrer Dienstatunfall- und Sachschadenersatzangelegenheiten gemäß den Vorschriften des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Bearbeitung Ihrer Dienstatunfall- und Sachschadenersatzangelegenheiten gemäß den Vorschriften des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

KVK Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck
Kölnische Straße 42
34117 Kassel

Telefon: 0561/97966-767

E-Mail: bvk@kvk-kassel.de

Kontaktinformationen des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter
Kölnische Str. 42
34117 Kassel

Telefon: 0561 97966-529

E-Mail: datenschutz@kvk-kassel.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

- Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Bearbeitung Ihrer Dienstatunfall- und Sachschadenersatzangelegenheiten erhoben.
- Sollten medizinische Stellungnahmen bzw. Gutachten zur Entscheidungsfindung erforderlich sein, werden personenbezogene Daten an Gutachter/innen, Amtsärztinnen und Amtsärzte, weitergeleitet.
- Sollte in Ihrem Fall ein Dritter für den Unfall verantwortlich sein, werden personenbezogene Daten zum Zwecke der Durchführung des Regresses verarbeitet.
- Rechtsgrundlagen der Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO und/oder Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit §§ 3 Abs. 1 HDSIG, 35 ff. HBeamtVG, § 81 HBG und § 57 HBG. Soweit Gesundheitsdaten verarbeitet werden, erfolgt dies zusätzlich auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 DSGVO in Verbindung mit den einschlägigen beamtenversorgungsrechtlichen Vorschriften.

4. Kategorien personenbezogener Daten

Soweit personenbezogene Daten nicht bei Ihnen selbst erhoben werden, können diese insbesondere von Ihrem Dienstherrn, Dienstvorgesetzten, Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern, Gutachterinnen und Gutachtern, Amtsärztinnen und Amtsärzten, Versicherungen, Unfallbeteiligten, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Gerichten oder Behörden stammen. Verarbeitet werden insbesondere Stammdaten, Kontaktdaten, dienstliche Angaben, Angaben zum Unfallhergang, Gesundheitsdaten, ärztliche Unterlagen, Gutachten, Angaben zu Sachschäden sowie Angaben zur Regressbearbeitung



Kommunale Versorgungskassen
Kurhessen-Waldeck
Beamtenversorgungskasse
Zusatzversorgungskasse
Sterbekasse

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger personenbezogener Daten können - soweit dies für die Bearbeitung erforderlich ist - insbesondere sein: Dienstherrn und Personalstellen, Amtsärztinnen und Amtsärzte, Gutachterinnen und Gutachter, behandelnde Ärztinnen und Ärzte oder Krankenhäuser, Unfallgegner, Versicherungen, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Gerichte.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet nicht statt und ist auch nicht geplant.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten unterliegen den Aufbewahrungsfristen des § 92 Abs. 3 und Abs. 2 HBG. Danach sind Versorgungsakten fünf Jahre aufzubewahren; im Falle eines möglichen Wiederauflebens des Anspruches, sind die Unterlagen 30 Jahre aufzubewahren. Die Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die letzte Versorgungsleistung gezahlt wurde. Bitte beachten Sie bei der Einreichung von Originalen, dass diese eingescannt und nach Ablauf von drei Monaten vernichtet werden und somit dann nur noch als Ausdruck der elektronischen Akte zur Verfügung stehen.

8. Betroffenenrechte nach der EU- Datenschutzgrundverordnung

Sie haben das Recht, auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten nach Art. 15 DSGVO, Berichtigung nach Art. 16 DSGVO, Löschung nach Art. 17 DSGVO, Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO, Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO sowie auf Widerspruch gegen die Verarbeitung nach Art. 21 DSGVO. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (HBDI), Postfach 3163, 65021 Wiesbaden oder per E-Mail: Poststelle@datenschutz.hessen.de oder telefonisch: 0611 1408-0.

9. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Bitte beachten Sie auch, dass Sie zur Angabe der zur Bearbeitung Ihrer Dienstunfall- und Sachschadenersatzangelegenheit notwendigen Daten rechtlich verpflichtet sind. Ohne die erforderlichen Daten kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.

10. Angaben zur automatisierten Entscheidungsfindung (Art. 13 Abs. it. F DSGVO)

Eine automatisierte Entscheidungsfindung oder ein Profiling finden nicht statt.